

Jung und mobil: Freie Fahrt für junge Menschen!

Die Vollversammlung beschließt:

Der Landesjugendring NRW vertritt die Interessen der jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen (NRW). Kinder, Jugendliche und Menschen eines jeden Alters benötigen Verkehrsinfrastrukturen, um Ausbildung, Arbeit sowie freizeitleichen und ehrenamtlichen Aktivitäten nachzugehen. Mobilität bedeutet Teilhabe und Teilhabe stellt nach den UN-Kinderrechtskonventionen ein Grundrecht dar.¹ Ein adäquat ausgebauter Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglicht Mobilität. Kinder und Jugendliche sind – v.a. wenn sie sich ehrenamtlich engagieren – in besonderer Weise auf den ÖPNV angewiesen. Sie dürfen erst mit 18 Jahren einen (Karten-)Führerschein erwerben, was die Abhängigkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln verstärkt.² Junge Menschen beschreiben den gegenwärtigen ÖPNV oft als lückenhaft und ausbaufähig. Insbesondere im ländlichen Raum wird ihrem Mobilitätsbedürfnis nicht ausreichend Rechnung getragen. Darüber hinaus verkomplizieren eine Vielzahl von Verkehrsverbänden und Tickets die Mobilitätsmöglichkeiten junger Menschen. In Zeiten von Elterntaxis braucht es niedrigschwellige Zugänge zum ÖPNV, damit junge Menschen öffentliche Verkehrsmittel nicht als zweitklassige Variante im Gegensatz zur PKW-Mobilität erleben. Die Nutzung unterschiedlicher, gleichberechtigter Mobilitätsmöglichkeiten muss selbstverständlicher Teil des Aufwachsens werden. Als Landesjugendring NRW setzen wir uns daher kurzfristig für ein einheitliches bezahlbares NRW-weites Ticket für alle jungen Menschen ein. Dies soll bis zum Ende der Legislaturperiode eingeführt werden. Grundsätzlich streben wir einen ticketfreien ÖPNV an, der auch unter ökologischen Gesichtspunkten erstrebenswert ist.

Schon 2014 forderte der Landesjugendring NRW unter der Überschrift „jung & mobil in NRW“ einen jugendgerechten ÖPNV. Die im ersten Satz des damaligen Beschlusses beschriebene Situation blieb bis heute bestehen: „Junge Menschen wollen und müssen mobil sein. Ihr Sozialraum, in dem Bildung, Ausbildung, Freizeit und Ehrenamt stattfinden, geht oft weit über das eigene Wohnquartier hinaus.“ Die 2014 formulierten Forderungen sind (noch immer) zeitaktuell. Arbeitgeber_innen, die Agentur für Arbeit und andere Organisationen erwarten heute immer mehr örtliche Flexibilität, so dass junge Menschen einem immer höheren Mobilitätszwang ausgesetzt sind. Ein zeitgemäßer ÖPNV muss es jungen Menschen ermöglichen, Entfernungen zwischen Freund_innen und Familie, Ausbildungsplatz und Verein, Universität und Jugendverband schnell, einfach und kostengünstig zu überbrücken. Jugendliche Mobilität ist also durch besondere Merkmale charakterisiert, die sie von der Mobilität

¹ In der Konvention über die Rechte des Kindes wird das Recht auf Teilhabe in denen für Kinder und Jugendliche gesellschaftlich wichtigen Bereichen definiert: Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 15), Zugang zu den Medien (Art. 17), Recht auf Bildung, Schule, Berufsausbildung (Art. 28), Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben (Art. 31).

² Nach ihrem 17. Geburtstag können Jugendliche bereits begleitet fahren. Den (Karten-)Führerschein erhalten sie allerdings erst zum 18. Geburtstag.

Erwachsener unterscheidet. Darauf ist mit entsprechender Expertise durch alle Instanzen des Aufwachsens zu reagieren.

Partizipation braucht Bewegung

Um sich an und in jedem Ort des Landes einzubringen, müssen junge Menschen problemlos dorthin gelangen können. Insbesondere ehrenamtlich tätigen Kindern und Jugendlichen muss es möglich sein, ihr Engagement am Ort ihrer Wahl einzubringen. Ehrenamtliche junge Menschen leisten einen wichtigen und unersetzlichen Dienst an der Gesellschaft, der wiederum die Partizipation anderer Personen ermöglicht (z.B. älterer oder eingeschränkter Menschen). Gleiches gilt für Freiwilligendienstleistende und Menschen in der Berufsausbildung, die oftmals während ihres Dienstes zwischen mehreren Orten pendeln müssen. Mobilität ist ein Grundbaustein moderner Demokratien. Wer aus Kostengründen oder aufgrund eines mangelhaften Nahverkehrsnetzes nicht an der Gruppenstunde im Nachbarort teilnehmen kann, sich an Aktionen nicht beteiligen kann oder eine Ausbildungsstelle ausschlagen muss, wird in seinen Partizipationschancen beschränkt. Ein ausgebauter und ticketfreier ÖPNV ermöglicht darüber hinaus Freiräume für junge Menschen, da diese selbstbestimmt Orte ihrer Wahl aufsuchen können. Ein jugendgerechter ÖPNV mit einfachen Zugangsvoraussetzungen ist deshalb unter Demokratie- und Partizipationsaspekten ein Muss.

Ausbau des Nahverkehrsnetzes

Damit junge Menschen nicht auf Sammeltaxen und Mitfahrgelegenheiten angewiesen sind, fordert der Landesjugendring NRW einen flächendeckenden Ausbau des Nahverkehrsnetzes insbesondere im ländlichen Raum. Dieser Ausbau soll umwelt- und klimafreundlich gestaltet werden. Hierfür sind finanzielle Großinvestitionen nötig. Ein ÖPNV-Ausbau würde sowohl jene Eltern entlasten, die mit ihrem privaten PKW Taxi-Dienste für ihre Kinder verrichten müssen, als auch echte Beteiligungschancen für die Kinder und Jugendlichen erhöhen, deren Eltern über keinen PKW verfügen. Busse und Bahnen müssen in angemessener Taktung fahren, um Kindern und Jugendlichen ein Höchstmaß an Flexibilität zu ermöglichen – dies gilt auch für Nachtfahrten. Fahrradwege sind auszubauen, Fahrradmitnahmen müssen vereinfacht werden. Als Landesjugendring NRW plädieren wir für die Abschaffung des Zusatztickets bei Fahrradreisen. Individuelle Verkehrskonzepte, insbesondere in den ländlichen Räumen, sind zu fördern. Als Landesjugendring NRW sprechen wir uns für einen weiträumigen Netzausbau und jugendgerechte Wartezonen im ÖPNV (z.B. Bushaltestellen mit WLAN) aus. Jungen Menschen muss es möglich sein, an jedem Ort Nordrhein-Westfalens digital Verkehrsmittel und -wege auswählen zu können. Die Chancen der Digitalisierung sind auch in diesem Lebensbereich auszuschöpfen. So könnten beispielsweise gerade in ländlichen Räumen durch entsprechende Apps Möglichkeiten geschaffen werden, an Haltestellen bei Bedarf Busse rufen zu können, so dass diese seltener leer fahren müssten. Mithilfe solcher Lösungen könnte ein deutlich effizienterer und bedarfsorientierter ÖPNV vorgehalten werden.

Im Sinne einer einmischenden Jugendpolitik müssen Kinder und Jugendliche insbesondere vor Ort an der Verkehrsentwicklungsplanung beteiligt werden und beispielsweise mitentscheiden dürfen, welche Buslinien wo, wann und in welcher Taktung fahren. Als Landesjugendring NRW nehmen wir auch Menschen mit Einschränkungen in den Blick. Jede_r sollte den ÖPNV nutzen können, ohne dabei auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Deshalb ist der Abbau von Barrieren in Bus und Bahn geboten; Haltestellen, Bahnübergänge und die Verkehrsmittel selbst dürfen keine Hindernisse darstellen. Damit Mobilität nicht schon am Ausgangsort endet, setzt sich der Landesjugendring NRW für das Einbauen von Rampen und/oder Fahrstühlen an allen S-Bahn-, Tram- und Bushaltestellen ein.

Bezahlbarer ÖPNV

Im Sinne einer einmischenden Jugendpolitik, die die Bedarfe junger Menschen im Blick hat, setzt sich der Landesjugendring NRW grundsätzlich für einen ticketlosen ÖPNV ein, der – im wahrsten Sinne des Wortes – alle mitnimmt. Vergünstigungen für die eine, bei gleichzeitiger Ausgrenzung einer anderen Gruppe lehnen wir ab. Mobilität darf weder eine Frage des Portemonnaies noch des Behinderungsgrades sein. Grundsätzlich muss ein entsprechendes Ticket für sämtliche junge Menschen erhältlich sein (zum Beispiel für Auszubildende (Azubis), dual Studierende, Ehrenamtliche, Freiwilligendienstleistende und alle U18-Jährigen, die hier leben). Ein Ticket für junge Menschen muss darüber hinaus NRW-weit gültig sein und darf nicht an Verkehrsverbundgrenzen enden, die aus Sicht junger Menschen oft willkürlich erscheinen und nichts mit ihrer individuellen Lebenswelt bzw. ihren Mobilitätsbedürfnissen zu tun haben.

Als Landesjugendring NRW wollen wir, dass auch Menschen mit eingeschränkten Möglichkeiten problemlos von A(achen) nach B(ielefeld) kommen. Reformen des ÖPNV müssen – so unsere Überzeugung – sowohl im realpolitischen als auch im visionären Modus angegangen werden. Als zeitnahe, realistisch umsetzbare Lösung fordern wir ein Ticket für junge Menschen, dessen Kosten max. einen Euro pro Tag beträgt.³ Grundsätzlich fordern wir einen für Kinder und Jugendliche ticketfreien ÖPNV, der maximale Mobilität im gesamten Bundesland ermöglicht.

Gemeinsame Finanzierung

Als Landesjugendring NRW ist uns bewusst, dass es keinen ‚kostenfreien‘ ÖPNV gibt: Irgendjemand muss für die Reformen bezahlen. Die anfallenden Kosten können nicht ausschließlich aus Landesmitteln und Mitteln der Verkehrsverbünde bestritten werden. Wir plädieren daher für eine Umverteilung, beispielsweise über eine Mobilitätssteuer oder eine Mauterhöhung, die die Finanzierung unserer Forderungen ermöglichen würde. Hier sehen wir die großen Arbeitgeber_innen (etwa Automobil- und Großkonzerne) und Vermögende in der Pflicht und in der

³ Der Landesjugendring NRW unterschreitet mit seiner diesbezüglichen Forderung bewusst den derzeit gültigen Hartz-IV-Mobilitätsregelsatz, der bei 34,66 € liegt.

In Hessen können junge Menschen mit dem „Schülerticket“ den ÖPNV hessenweit für einen Euro pro Tag nutzen. Bezugsberechtigt sind Schüler_innen sowie Auszubildende, die in Hessen wohnen oder deren Schule oder Ausbildungsstätte in Hessen liegt. Dazu zählen auch Personen im Volontariat oder Freiwilligendienst.

Beschluss der Vollversammlung am 10.11.2018 in Duisburg

Jung und mobil: Freie Fahrt für junge Menschen!

gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Angesichts der ökologischen Krise ist ein Um- und Ausbau des ÖPNV unerlässlich. Möglichst viele Menschen müssen dazu motiviert werden, vom Auto auf nachhaltige Verkehrsmittel wie Rad, Straßenbahn und Bus umzusteigen. Dies setzt eine Erweiterung des ÖPNV voraus. Auch in Großstädten ist eine schnellere Taktung der Trambahnen notwendig – insbesondere zu Stoßzeiten. Wie bereits dargelegt, sind darüber hinaus individuelle und optimierte Verkehrskonzepte zu fördern. Diese können ebenfalls kostensparende Alternativen bilden.

Begründung

Das Thema ÖPNV/Mobilität betrifft junge Menschen sehr direkt und es ist ihnen ein großes Anliegen, dass Verkehrspolitik im Sinne einer einmischenden Jugendpolitik jugendgerechter wird. Daher haben folgende Verbände gemeinsam diesen Antrag für die Vollversammlung erarbeitet und den Vorstand des Landesjugendrings NRW gebeten, diesen einzubringen: AEJ-NRW, BDAJ-NRW, BDKJ NRW, DGB-Jugend NRW, Landesjugendwerk der AWO NRW, Naturfreundejugend NRW, rdp-NRW, SJD – Die Falken LV NRW, Westf.-Lippische Landjugend e.V.

Hiermit und mit einer an die Forderungen anschließende Kampagne in 2019 soll insbesondere gegenüber Politik, Verwaltung und Verkehrsverbänden verdeutlicht werden, wie wichtig es ist, die Interessen junger Menschen mitzudenken.